Frauen* an die Macht

Wo stehen Frauen* heute in der Politik?

29. November 2018, Hannover

Seit 100 Jahren gibt es das Frauenwahlrecht in Deutschland. Dennoch haben Frauen heutzutage nicht die gleiche politische Teilhabe. Es ist daher notwendig, dass sich die Gesellschaft für eine bessere Teilhabe von Frauen in der Politik einsetzt. Vor diesem Hintergrund luden das Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung, der DGB-Niedersachsen-Bremen-Sachsen-Anhalt und der SoVD-Landesverband Niedersachsen zu der Veranstaltung „Frauen* an die Macht – Wo stehen Frauen* heute in der Politik?“ am 29. November 2018 nach Hannover ein.

Birgit Vahldiek

Die Begrüßung erfolgte durch die drei Kooperationspartnerinnen **Linda Matzke** (Referentin im Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung), **Naciye Celebi-Bektas** (Referat Frauen-, Gleichstellungs- und Migrationspolitik, DGB-Bezirk Niedersachsen–Bremen–Sachsen-Anhalt) sowie **Birgit Vahldiek** (stellvertretende Abteilungsleiterin Sozialpolitik, SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V.) Während der Begrüßung wurde deutlich, dass sich die Gesellschaft heute und in der Zukunft aktiv für die Verbesserung der politischen Teilhabe von Frauen einsetzen muss. Auch Studien belegen, dass die politische Teilhabe zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt ist. Wie kann also eine bessere

Naciye Celebi-Bektas

Geschlechterrepräsentation erreich werden?

Nach der Begrüßung erfolgte die Vorführung des Films „Die göttliche Ordnung“, welcher den Kampf der Frauen in der Schweiz für ihr Wahlrecht am Beispiel eines kleinen Dorfes zeigt.

Linda Matzke

Im Anschluss an den Film erfolgte die Podiumsdiskussion mit den Podiumsteilnehmerinnen **Anne Wizorek** (selbstständige Beraterin für digitale Medien, Bloggerin, Autorin und feministische Aktivistin), **Ramona Schumann** (Bürgermeisterin der Stadt Pattensen) sowie **Almut von Woedtke** (Vorstandsvorsitzende von Gleichberechtigung und Vernetzung e. V. und Leiterin der Vernetzungsstelle für Gleichberechtigung, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte). Moderiert wurde die Diskussion von Linda Matzke.

Auf die Frage hin nach dem aktuellen Stand der politischen Teilhabe von Männern und Frauen verwies Anne Wizorek auf den geringen Anteil von Frauen* in der Politik. Ihrer Ansicht nach würde es auch an spezifischen Parteien im Bundestag liegen, welche vorwiegend Männer aufstellen. In Bezug auf die Bundestagswahl 2017 hätte dies die Folge gehabt, dass der Anteil der Politikerinnen so gering sei wie zuletzt vor 20 Jahren. Als weiteren Grund gab sie an, dass Frauen* oftmals gar nicht daran denken würden, ein politisches Mandat zu übernehmen und Männer sie auch nur äußerst selten ansprächen. Gerade in ländlichen Gebieten ist die Frauenquote sehr gering. Auch die Strukturen seien ein großes Hindernis, sich in der Politik zu engagieren, da die Sitzungszeiten meist in Konkurrenz mit dem Beruf oder der Familienzeit stünden. Familienfreundlichere Sitzungszeiten wären hier die Antwort auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und politischem Engagement.

Ramona Schumann

Ramona Schumann griff diesen Aspekt auf. So gelängen Frauen* meist über Umwege in die Politik. Viele Frauen engagieren sich oftmals sozial oder zivilgesellschaftlich zu drängenden Fragen, wie z. B. der Bedarf an Krippenplätzen. Dieses Engagement führe manchmal in die Politik. Denn durch solche konkreten Themen fänden sie

sich dann in der Politik wieder. Doch sie betonte außerdem, dass die in der Politik oft anzutreffenden Strukturen, wie die Diskussionskultur, die Politik für viele Frauen unattraktiv mache.

Auf die Frage der Moderatorin hin, wie die Strukturen geändert werden könnten, um attraktiver für Frauen* zu werden, entgegnete Anne Wizorek, dass Vorbilder, die die Vielfalt der Bevölkerung widerspiegeln, dringend nötig seien. Ramona Schumann ergänzte den Vorschlag mit der Notwenigkeit, Frauen* „abzuholen". Jedoch sei es ebenso wichtig, dass Frauen* Machtpositionen anstreben und auch einfordern.

Um Frauen* die Politik näher zu bringen, gibt es in Niedersachsen ein sehr gut ausgebautes Mentoring-Programm. Almut von Woedtke verantwortet dieses parteiübergreifende Mentoring-Programm und findet es ausgesprochen hilfreich. Hier begleiten Interessierte ein Jahr lang eine_n Politiker_in in seiner/ ihrer politischen Arbeit. Frau von Woedtke führte ferner aus, dass durch dieses Programm, das hohe Interesse der jungen Frauen deutlich werde. Zu den Kommunalwahlen 2016 hätte es eine ausgesprochen hohe Nachfrage gegeben.

Almut von Woedtke

Die im Rahmen des Programms kennengelernten Netzwerke seien auch sehr wichtig, wenn der Entschluss steht, in die Politik zu gehen. Diese seien vor allem auch für die persönliche Stärkung sowie zur Selbstvermarktung sehr nützlich. Doch auch wenn Frauen* in diesen Netzwerken sind, nutzen sie diese nicht ausreichend und effektiv genug, so die Podiumsteilnehmerinnen. Anne Wizorek stellte die These auf, dass Frauen sich davor scheuen, diese Netzwerke für sich zu nutzen.

Schließlich wurde das Paritätsgesetz, das auf eine gleiche Teilhabe in den Parlamenten zielt, angesprochen. Ramona Schumann vertritt die Meinung, dass momentan in unserer Gesellschaft ein Gesetz benötigt wird, um eine Parität herzustellen. Almut von Woedtke geht noch weiter und meint, dass es die Aufgabe des Staates sei, dafür zu sorgen, dass Parität bestünde.

Anne Wizorek

Auf die Frage hin, inwiefern ein solches Gesetz auch das gesellschaftliche Bewusstsein bezüglich einer gerechteren

politischen Teilhabe beeinflussen könnte, antwortete Anne Wizorek, dass gesetzliche Regelungen oftmals wie eine Adrenalinspritze auf die Gesellschaft wirkten und als Werkzeug benutzt werden können, um die Gesellschaft voranzubringen. Dabei genügen diesen jedoch nicht alleine, sondern müssten stets zusammen mit Bildung einhergehen.
Laut Ramona Schumann sei es für Frauen oftmals schwierig, sich in der Politik durchzusetzen. Diesem Umstand müssten die Frauen* gemeinsam entgegenstehen. Außerdem – fuhr Almut von Woedtke fort – sei es wichtig, auch mit konservativ denkenden Menschen ins Gespräch zu kommen und, wie Anne Wizorek anmerkte, aufkommenden Antifeminismus als solchen zu entlarven. Abschließend kann gesagt werden, dass Frauen* weiter zusammen für ihre Rechte kämpfen müssen. Dies muss im Politischen sowie auch im Privaten geschehen, um den benötigten Wandel in Gesellschaft zu bewirken.